



Newsletter

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Ausgabe 3 | 2011

Themen dieser Ausgabe:

Energiepolitik in Schleswig-Holstein / AKW Laufzeitverlängerung

Glücksspiel

Naziaufmarsch Lübeck Studienplätze durch Wehrpflichtwegfall

Verfassungsänderung und Wahlgesetz

Internationaler Frauentag/ 140. Geburtstag von Rosa Luxemburg

Justizvollzugsanstalt & Universität Flensburg

Resolution zur Energie-debatte der LINKEN-Fraktionen in HH und SH

Sondermüllbeseitigung

Gentechnisch verändertes Saatgut

Nichtraucherschutz

Privatisierung von Abfallentsorgung

Ausländische Bildungsabschlüsse

UKSH Lübeck

Stadtregionalbahn Kiel

„Mit ABSCHALTEN ist nicht euer Gehirn gemeint!“

Die Fraktion DIE LINKE stellte auf Grund der Geschehnisse in japanischen Atommeilern einen Antrag zur Anberaumung einer Aktuellen Stunde zur Zukunft der Atomenergie in Schleswig-Holstein. Unser Antrag wurde allerdings von einer Regierungserklärung ohne Absprache verdrängt. In dieser hat der Ministerpräsident vergeblich versucht, die CDU als Anti-Atom-Partei darzustellen. Denn eine konkrete Aussage sich für die Stilllegung der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein einzusetzen, blieb -wie erwartet- aus.

Ranka Prante von der LINKEN, zeigte noch einmal deutlich auf, dass DIE LINKE sich weiterhin gegen Lobbypolitik zu Gunsten der vier großen Energiekonzerne und zu Lasten der Bevölkerung wendet. Sie geißelte das Moratorium als Taschenspielertrick der Regierung, welcher nur dazu dienen soll, den Druck aus der öffentlichen Debatte zu nehmen, um in den nächsten Landtagswahlen zu punkten. Sie machte noch einmal deutlich, dass der Ministerpräsident auf keinen Fall ernsthaft planen würde, eines der Atomkraftwerke dauerhaft vom Netz zu nehmen und wies auf die misslungene Energiepolitik der großen Parteien und der Grünen auf Bundes- und Landesebene hin. Zudem rief Prante zu friedlichen Protesten gegen die Atomenergie auf, wie auch zu der Aktion am 25.04.2011 anlässlich des 25. Jahrestages von Tschernobyl.



Junge Demonstrantin auf der Kieler Mahnwache für Fukushima am 14.3.2011

Foto: Ramona Hall

Abschließend bekräftigte Ranka Prante, dass die LINKE sich auf allen Ebenen für den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomkraft einsetzt und forderte:

1. Die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf,
2. Den Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für ein Verbot der Nutzung von Atomtechnologie für militärische und energetische Zwecke im Grundgesetz zu verankern,
3. Ein Exportverbot aller Produkte und allen Know-Hows, die der Atomtechnologie für militärische Zwecke oder zur Energiegewinnung dienen können.
4. Ein Sofortprogramm für erneuerbare Energien, dass gute und sichere Arbeit in den notwendigen Bereichen des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz, des Netzbbaus, sowie der Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien schafft und diese zügig voranbringt.
5. Keinen weiteren Ausbau von Kohlekraftwerken unter den Deckmantel des Ausstieges der Atomenergie!

Regulierung und Reduzierung statt Öffnung des Glücksspielmarktes

„Es gibt keine Öffnung des Glücksspielmarktes ohne ein Anwachsen der mit dem Glücksspiel verbundenen Probleme.“

(Antje Jansen, DIE LINKE)

In ihrem Bericht über die Auswirkungen der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten vertritt die Landesregierung die Meinung, ein Zusammenhang zwischen der Öffnung des Glücksspielmarktes und einer Zunahme der Zahl problematischer oder pathologischer Spieler lasse sich aus dem vorhandenen Zahlenmaterial nicht belegen. In ihrer Rede während der Landtagsdebatte über diesen Bericht stellte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Antje Jansen, unmissverständlich fest, dass gar nicht die Suchtgefahr oder die Suchtprävention im wirklichen Mittelpunkt dieser Debatte stünde: „Sondern es geht um Marktliberalisierung. Die eigentliche Idee ist die Öffnung dieses Marktes als Gelddruckmaschine für private Anbieter.“ Und die kümmern sich wenige um die Suchtprävention, als vielmehr um das Interesse an Umsatzsteigerungen.“

„Studien belegen dagegen“, so Antje Jansen weiter: „das wirkungsvollste Konzept der Prävention besteht in der Reduzierung des Umsatzes an Suchtmitteln.“

Die Folgen der Spielsucht für die Betroffenen

und ihr Umfeld seien bekannt. „Die Zahlen bestätigen, dass Spielsucht nicht unabhängig von der gesellschaftlichen Realität betrachtet werden darf. Spielsucht ist männlich, Spielsucht ist arm, und Spielsucht ist jung. Es gibt deutlich erhöhte Raten bei Männern, jüngeren Personen, Personen mit niedrigerem Bildungsstatus, Personen mit Migrationshintergrund und Arbeitslosen.“

Die Liberalisierung des Glücksspiels führe zu einer Ausweitung des Glücksspielmarktes und sie erleichtere den Zugang zum Glücksspiel, sagte Antje Jansen. Für den italienischen Markt lasse sich ein sprunghaftes Wachstum des Umsatzes nach der Liberalisierung um 64 Prozent feststellen. In Großbritannien hätten sich die Wettumsätze von 2000 bis 2007 sechsfacht. Natürlich überrasche es nicht, schloss Antje Jansen in ihrer Rede: „dass die sozial benachteiligten und bildungsschwachen Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sind. Aber es zeigt, dass es nicht genügt, auf das Glücksspielverhalten und auf Spielsucht nur mit den Mitteln der Therapie und Suchtprävention zu antworten.“

Je größer der leicht zugängliche Markt, desto größer wird auch die Gefahr für die Menschen, über die Teilnahme am Spiel Suchtverhalten zu entwickeln. Wir brauchen Perspektiven für die Menschen. Und wir brauchen ganz bestimmt keine Liberalisierung des Glücksspielmarktes.“

Naziaufmarsch in Lübeck- Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein!



Foto: Ramona Hall

Jedes Jahr wollen die Nazis in Lübeck marschieren und kündigen einen Trauermarsch an. Auch dieses Jahr haben wir das Thema mit einem Antrag in den Landtag gebracht und uns klar und eindeutig an die Seite des Lübecker

Bündnisse „Wir können sie stoppen“ gestellt. Erfreulich war, dass auch die anderen Fraktionen sich dieser eindeutigen Haltung anschließen konnten. SPD, Grüne und SSW wollten unseren Antrag mittragen und CDU und FDP stimmten letztlich im Plenum dafür. Die Demo gegen die Nazis in Lübeck verlief dann weniger erfreulich. Teilgenommen haben fast alle unserer Abgeordneten, sowie die MitarbeiterInnen. Besonders der Einsatz der Polizei gegen Demonstrierende, die die Strecke der Nazis blockieren wollten, war an vielen Stellen völlig unverhältnismäßig. Unter anderem wurden zwei Demonstranten von Einsatzfahrzeugen angefahren, es wurde

Pfefferspray in Kirchenräume gesprüht und Abgeordnete, nachdem sie als solche identifiziert worden waren, für ihr Engagement gegen den Nazi-Aufmarsch beschimpft. Die beteiligten Einsatzkräfte weigerten sich darüber hinaus, ihre Dienstnummern zu nennen.

„Ich habe gesehen, wie Polizeikräfte Pfefferspray in die Räume der Bodelschwinghkirche sprühten. Das ist unverständlich und inakzeptabel“, sagt Björn Thoro, einer der teilnehmenden Abgeordneten der LINKEN. „Während ich den Einsatz beobachtete, traf mich unvermittelt ein Schlagstock knapp unter dem Auge.“ Seinen Abgeordnetenausweis habe Thoro gut sichtbar in der Hand gehalten.

Antje Jansen zeigte sich empört über das Verhalten eines Teileinsatzleiters. Dieser hatte ihr Engagement als Parlamentarierin gegen den Aufmarsch der Neonazis als „Schande“ bezeichnet. „Ich werde eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den betreffenden Polizisten einreichen. Ich lasse mich für mein Engagement als Abgeordnete gegen einen Aufmarsch von Neonazis nicht beschimpfen!“ so Jansen. „Dass Polizistinnen und Polizisten aus der Anonymität heraus handeln, führt dazu, dass sie für ihr persönliches Fehlverhalten nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz ist bitter nötig!“ so Jansen und Thoro abschließend.

„Unser Anliegen war, ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Das ist mir wirklich ein inneres Bedürfnis. Insofern bitte ich noch einmal: Lassen Sie es uns gemeinsam machen!“

(Uli Schippels' zur Regierungskoalition für einen gemeinsamen Antrag)

Strukturen für zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger schaffen!

Die Aussetzung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern werden Schleswig-Holsteins Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2011/12 vor neue Herausforderungen stellen. Mehr als 1.500 zusätzliche Studienplätze müssen deshalb für das Wintersemester 2011/12 geschaffen werden. Eine Analyse der vorhandenen und benötigten Strukturen ist dringend erforderlich. DIE LINKE beantragte für die



Foto: Sebastian Bernhard / pixelio.de

Landtagssitzung einen mündlichen Bericht der Landesregierung (Drs. 1371) zum Thema. Die Regierung sollte Maßnahmen vorstellen, wie sie die benötigten Studienplätzen schaffen möchte. Nachdem Herr de Jager von seinem

Angebot, Studienplätze samt Bundesfördermittel an Niedersachsen abzutreten, jetzt absieht, verkündete er nun, die Konzepte befinden sich noch in der Bearbeitung. Minister de Jager war nicht in der Lage darzulegen, inwieweit zusätzliche Professuren, Unterstützung der Studentenwerke, räumliche Kapazitäten für Lehrveranstaltungen, Wohnraumbedarf oder zusätzliche Mehrkosten notwendig werden. Obwohl der Sachverhalt seit geraumer Zeit bekannt war, scheint die Landesregierung mal wieder völlig überrascht zu sein.

Der mündliche Bericht wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt. Stattdessen soll ein schriftlicher Bericht im Juni vorgelegt werden. DIE LINKE kritisiert dieses Vorgehen, da im Juli bereits die Anmeldeverfahren anlaufen. Für parlamentarische Initiativen bleibt dann keine Zeit mehr.

Herr de Jager hat sich den letzten Platz im kürzlich veröffentlichten, bundesweiten Ranking der Wissenschaftsminister redlich verdient. Die Landesregierung fährt die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft gerade voll gegen die Wand. „DIE LINKE wird weiterhin für ein ausfinanziertes Bildungssystem streiten. Gute, gebührenfreie Bildung ist ein Grundrecht für alle“, so Björn Thoroe, hochschulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion.

„Es wäre eine feiner Zug von der Landesregierung, wenn in diesem schriftlichen Bericht auch auf die Fragen eingegangen würde, deren Beantwortung die LINKE für heute auch erbeten hatte. Und wenn ich älter und gesetzter wäre, würde ich an dieser Stelle mir generell einen etwas respektvolleren Umgang der Regierung mit dem Parlament erbeten.“

(Martin Habersaat, SPD)

Von hinten aufgezo-gen: Verfassungsänderung für ein neues Wahlgesetz

Das Verfassungsgericht Schleswig-Holsteins stellte 2009 fest, dass das geltende Wahlrecht nicht verfassungskonform ist. Es beauftragte deshalb den Landtag zur Änderung des Wahlgesetzes und zur Ansetzung von Neuwahlen. Darüber hinaus sollte die Zahl der Abgeordneten reduziert werden. Die logische Schlussfolgerung aus diesem Urteil wäre eine Änderung des Wahlgesetzes unter Beachtung der entstehenden Parlamentsgröße gewesen. Anders stellte sich das für die Fraktionen von CDU, FDP und SPD dar. Diese stimmten am 24.03.11 im Plenum für die Änderung der Verfassung um ihr neues Wahlrecht durchboxen zu können.

„Für mich hat eine Verfassungsänderung, nur um ein neues Wahlrecht zu legitimieren einen bitteren Beigeschmack“ sagte Heinz Werner Jezewski, Innen- und Rechtspolitischer Sprecher der LINKEN bei der Aussprache im Plenum.

Teile des Antrags, wie die zukünftige Anwendung des Sainte-Laguë Sitzteilungsvorgangs, sowie der Vollausschleich der Überhangmandate werden von uns begrüßt, dem Antrag als Ganzes konnten wir allerdings nicht



In Zukunft soll es weniger Sitze im Landtag geben.

zustimmen, denn die geforderte Begrenzung ist nach diesem Gesetz nicht sicher.

„Wir werden die Größe des Parlaments mit diesem Gesetz nicht beschränken können,“ so Jezewski dazu.

Der Antrag zur Verfassungsänderung wurde schließlich mit der nötigen 2/3 Mehrheit angenommen. Es bleibt zu hoffen, dass in Zukunft Gesetze an die Verfassung angepasst werden und nicht wie in diesem Fall die Verfassung an Gesetze.

„Es ist ein sehr bedenkliches Verfahren, die Verfassung zu ändern, um so einfaches Recht verfassungsgemäß zu machen.“

(Heinz-Werner Jezewski)

Internationaler Frauentag/ 140. Geburtstag Rosa Luxemburg



Freitag der 4.3. stand für DIE LINKE Landtagsfraktion und die Rosa Luxemburg Stiftung ganz im Zeichen der Frau(en). Bis auf den Poeten Björn Högsdal, der im Team mit der Poetin Bente Varlemana aus Hamburg Texte zu Rosa Luxemburgs Zitaten vortrug, kamen nur Frauen am Mikrophon der bis auf den letzten Platz ausgefüllten Veranstaltung zu Wort. Über siebzig Frauen und auch einige Männer, waren zur Veranstaltung der LINKEN ins Landeshaus gekommen.



Die Fraktion bot ein vielfältiges Programm: Ursula Müller, Autorin und ehemalige Staatssekretärin erklärte in ihrer Rede die Verbindung des Frauentages zu Rosa Luxemburg und ihre Bedeutung für die Frauenrechte heute. Einen Schwerpunkt dabei legte sie auf die Arbeit der Frauen zu Zeiten Luxemburgs, die Bestandteil des Kapitalismus war, jedoch nicht kapitalistisch honoriert wurde. Suzanne Vogel-Vitzthum, Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg Stiftung in Schleswig-Holstein, hatte eine interaktive Videopräsentation mit Frauenportraits aus aller Welt angefertigt, die Frauenbilder reflektierte und wichtige Frauen im feministischen Kampf würdigte.



Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin der LINKEN in Schleswig-Holstein setzte den Akzent auf die aktuelle Situation von Frauen in der so genannten Care-Arbeit, und schloss damit den Bogen zum theoretischen Fundament, das Ursula Müller gelegt hatte. Damit und mit dem Verweis auf den „Equal Pay Day“, der sich am 25. März wieder jährt, thematisierte sie die immer noch gegenwärtige Benachteiligung von Frauen im Berufsalltag.



Marion Gurlit die Landessprecherin der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten bedankte sich für die Einladung der LINKEN



Fotos: Dr. Ursula Müller und die Internationale Frauengruppe Mettenhof

Landtagsfraktion, indem sie der Fraktion einen Bildband über Migrantinnen in Bad Oldesloe überreichte und dorthin einlud, weil bereits einige Initiativen für Frauen mit Migrationshintergrund gestartet worden seien. Alle Rednerinnen erinnerten geschlossen an die erheblichen Kürzungen der Mittel für Frauenberatungsstellen und Mädchentreffs des bereits verabschiedeten Haushalts der Landesregierung und beurteilten dies als gravierenden Schritt in die falsche Richtung.

Ayse Fehimli LINKE Ratsfrau, hatte gemeinsam mit einer Frauengruppe aus Mettenhof ein Programm zu Rosa Luxemburg Zitaten vorbereitet. Frauen aus zwölf verschiedenen Ländern rezitierten auf Deutsch und in ihrer eigenen Muttersprache, Gedanken zu den Zitaten, dem Leben und ihren Rechten als Frau. Angesprochen wurden sowohl die Kopftuchdebatte, da viele Frauen Schwierigkeiten haben, einen Job oder gar ein Praktikum des Jobcenters zu bekommen, als auch das Problem der Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse und der einmaligen Staatsbürgerschaft, die das Wahlrecht verhindert. Zu Gast waren auch Vertreterinnen der alevitischen und kurdischen Gemeinden in Kiel.

Ein wichtiges Thema war für einige der Vortragenden Frauen auch die Auswirkung der deutschen Außenpolitik. Sie kommen aus Krisen- und Kriegsgebieten wie dem Irak und Afghanistan und machen sich große Sorgen um ihre Angehörigen. Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, überreichte den Frauen im Vorfeld des Frauentags zum Dank für die Teilnahme jeweils eine Rose und bestärkte sie, sich weiterhin gemeinsam für Gleichberechtigung und die friedliche internationale Solidarität im Sinne Rosa Luxemburgs einzusetzen. Sei es in Afghanistan, Aserbaidschan, Äthiopien, im Irak, der Türkei oder in Deutschland.

„Kampflos machen Sie das Ding nicht dicht!“

Zwei Anträge hatten wir in dieser Sitzung zu der Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe gestellt. Hintergrund ist die Tatsache, dass die regierungstragenden Fraktionen zwar im Dezember zustimmten, dass keine finanzwirksamen Maßnahmen getätigt würden, die zur Schließung der beiden JAVen führen könnten, dann aber trotzdem diese beiden Häuser nicht berücksichtigten, als es um zukünftige Investitionen ging.



Foto: Ramona Hall

Wir wollten, dass die Landesregierung zu dieser Kehrtwendung Auskunft gibt und dass sie öffentliche Diskussionen mit Betroffenen in Flensburg und Itzehoe organisiert. Der Landtag sollte sich in dieser Sitzung also

wieder mit der geplanten Schließungen befassen. Dieses Mal unter den Augen vieler Betroffener – Richter, Staatsanwälte, Mitarbeiter und Führungspersonal der JVA Flensburg, die auf der Tribüne Platz genommen hatten. Doch die Regierung legte keinen Bericht vor. Ein Affront ohne Beispiel, ist es doch die Aufgabe der Opposition die Regierung über das Parlament zu kontrollieren. – Genau daran wollten uns die regierungstragenden Fraktionen aber hindern. In der Folge beschäftigte sich sogar der Ältestenrat mit dieser Brückierung der Linksfraktion, was zu einer längeren Sitzungsunterbrechung und allgemeiner Irritation führte. Wir werden natürlich weiterhin für den Erhalt der beiden kleinen Justizvollzugsanstalten des Landes kämpfen – Im Interesse der Bediensteten, der Gefangenen und ihrer Familien.

Resolution zur Atomenergiedebatte der Landtagsfraktion aus Schleswig-Holstein und der Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Die Fraktionen der LINKEN aus der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag sind entsetzt und fassungslos über die Geschehnisse in Japan. Unser Mitgefühl ist bei den Opfern und ihren Angehörigen, die nach Erdbeben und Tsunami jetzt vor den Folgen eines atomaren Super-GAUs stehen.

DIE LINKE fordert Senat und Landesregierung dazu auf, den Strahlenopfern Plätze für eine optimale medizinische Behandlung anzubieten.

Die Vorkommnisse in Fukushima zeigen eines ganz deutlich: Atomkraft ist von Menschen nicht beherrschbar. Auch Sicherheitsstandards beschreiben lediglich das, was politisch als Gefahrenpotenzial definiert wird. Das schließt ein Restrisiko immer mit ein. Für Japan – einem der am meisten von Erdbeben bedrohten Gebiete weltweit – waren die Sicherheitsstandards ebenso angemessen kalkuliert, wie sie es in und für Deutschland sind – und doch kann es immer anders kommen. Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit, so lange es menschliches Versagen, Naturkatastrophen oder Unfälle und Anschläge auf Atomkraftwerke geben kann. Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel dauerhaft vom Netz!



Dora Heyenn und Ranka Prante bei der Fraktionssitzung in Brunsbüttel.
Foto: Jannine Menger-Hamilton

DIE LINKE lehnt den Atomkonsens ab und fordert den kompromisslosen Ausstieg aus der Atomenergie. Zudem bedeutet die Laufzeitverlängerung eine Gefahr für die kommunalen Energieversorger, die zunehmend auf die Erneuerbaren Energien setzen.

DIE LINKE fordert deshalb die Rekommunalisierung. Wir unterstützen eine 100-prozentige Rückführung der Netze in

die öffentliche Hand als ersten Schritt. Ziel ist die Zerschlagung der vier großen Energiekonzerne Eon, EnBW, Vattenfall und RWE und eine sozial-ökologische Energiewende, die auf dezentrale erneuerbare Energiegewinnung setzt. Die Drohung, dass die Lichter ausgehen, wenn wir auf Kernenergie verzichten, hat sich als haltlose Propaganda der Atomlobby herausgestellt. Durch die Abschaltung von sieben Atomkraftwerken ist bisher keine Versorgungslücke entstanden, ganz im Gegenteil: es gibt noch immer einen Stromüberschuss. Wir können unseren Energiebedarf dauerhaft über erneuerbare Energien bestreiten – wenn es politisch gewollt und durchgesetzt wird!

Deshalb fordert DIE LINKE den Ausstieg aus der Atomenergie und die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Besonders die anfälligen Siedewasserreaktoren Krümmel und Brunsbüttel, die aufgrund wiederholter Störfälle schon lange abgeschaltet sind, müssen umgehend und endgültig stillgelegt werden. Das Kernkraftwerk Brokdorf, das plutoniumhaltige Mischoxid-Brennstäbe (MOX) verbrennt, birgt ebenfalls ein großes Gefahrenpotenzial und muss sofort stillgelegt werden.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung dazu auf, den Protest der Menschen ernst zu nehmen und aus der Atomenergie auszusteigen, statt mit einem dreimonatigem Moratorium Wahlkampf zu machen.

Gezeichnet: Ranka Prante und Dora Heyenn mit Fraktionen

„Die Versorgungssicherheit hat nach der Betriebssicherheit für den hoch entwickelten Standort Deutschland höchste Priorität.“

(Peter Harry Carstensen in seiner Regierungserklärung zur Energiepolitik)

Weiter:

„Wer der Bundesregierung hier Wahltaktik unterstellt, entlarvt sich als der eigentliche Wahlkämpfer. Das ist übrigens auch deshalb unredlich, weil die Sicherheitslage zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keine andere wäre, wenn noch der rot-grüne Aussteigeschluss gelten würde.“



Antje Jansen, Bjoern Thore und eine Mitarbeiterin bei den Spontanprotesten des Bündnisses „Kieler Mahnwache für Fukushima“ vor dem Landeshaus am 23.3.2011

Foto: Ramona Hall

Nulltoleranz gegenüber gentechnisch verändertem Saatgut!

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hatte Ende Februar einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der den Einstieg der Agrogentechnik beim Saatgut ermöglichen sollte. Dieses Verhalten der Landesregierung wurde im Rahmen der 16. Tagung des Landtages thematisiert.

Dabei zeigte sich mal wieder deutlich, dass die Regierung die Risiken von gentechnisch veränderten Organismen nicht ernst nimmt. Die Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf versuchte zwar zu erklären, dass man sich für eine einheitliche und praktikable Lösung zur Gewährleistung der



sogenannten GVO-Nulltoleranz bei Saatgut einsetzen wolle. Dies stellt allerdings nur

Keine Privatisierung der Sondermüllbeseitigung!

Während der Plenardebatte wurde der Vorschlag diskutiert, die Gesellschaft für Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (GOES) umzustrukturieren. Die Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf erteilte diesem Vorschlag erwartungsgemäß eine Absage mit der Begründung die GOES hätte sich als öffentlich-privates Partnerunternehmen bewährt. Sie vergaß allerdings zu erwähnen, wohin der grassierende Privatisierungswahn der Landesregierung führt. Dies tat für sie aber

Ranka Prante, umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Ranka Prante machte noch einmal deutlich, dass es nicht sein kann, dass in einer Institution wie GOES die Entsorgungsanträge genehmigt, als Notifizierungsbehörde für Abfalltransporte aus dem und in das Ausland fungiert sowie die Erfassung, Kontrolle und Lenkung der Entsorgungsvorgänge zuständig ist, der Geschäftsführer der Firma Remondis

„Die Gefahren des Passivrauchens endlich ernstnehmen!“

»Zur Forderung nach einem Rauchverbot in öffentlichen Räumen gibt es keine Alternative.« In diesem Satz fasste Antje Jansen die Position der LINKEN in der Landtagsdebatte über den Nichtrauchererschutz zusammen: »Die bisherigen Erfahrungen mit dem Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens belegen, dass ein Nebeneinander von Raucher- und Nichtraucherbereichen in Kneipen und Restaurants nicht funktioniert. Der Schutz von Nichtrauchern wird in der Praxis so durchlöchert, dass Beschäftigte wie Gäste weiter zum Passivrauchen gezwungen werden.«

Zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen führten zu Problemen und ungeklärten Fragen, vor denen die kommunalen Ordnungsbehörden bei der praktischen Umsetzung des Gesetzes stünden. Die Kritik an den löcherigen Regelungen werde geteilt von den Gesetz-



Foto: pixelio.de

eine Sprachhülle dar, angesichts der Tatsache, dass Nulltoleranz eben Nulltoleranz, also das Verbot von gentechnisch veränderter Organismen in Saatgut, bedeutet.

Ranka Prante, umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, als auch die anderen Oppositionsparteien begrüßten die Tatsache, dass der Antrag der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Bundesrat mehrheitlich – auch von anderen schwarz-gelb regierten Ländern – abgelehnt wurde. Ranka Prante stellte noch einmal deutlich klar, dass sowohl die biologische Landwirtschaft als auch die konventionelle gentechnikfreie Landwirtschaft ohne die Nulltoleranzpraxis unmöglich sei. Sie kritisierte vor diesem Hintergrund auch die auf europäischer Ebene gefallene Entscheidung, dass in der EU zulässige GVO ohne Kennzeichnung in Futtermitteln geduldet werden soll, wenn ihr Anteil bei weniger als 0,1 Prozent liege. Prante mahnte an: „Ein bisschen Gentechnik gibt es nicht. Nur entweder oder. Und DIE LINKE spricht sich deutlich gegen den Einsatz aus.“

im Aufsichtsrat sitze.

Die Firma Remondis, der auch die Sondermüllverbrennungsanlage SAVA in Brunsbüttel und das Lager in Lübeck gehören, an denen es zu Beginn dieses Jahres zweimal zu Entzündungen von Fässern mit ukrainischen Abfällen kam.

Sie erklärte, dass DIE LINKE nicht untätig zuschauen, wenn die Regierung den Unternehmen garantierte Gewinne zuschneide. Denn das Ergebnis sei, dass die Bürger bei wichtigen Dienstleistungen betrogen würden. Sie bekämen zu wenig Geld für ihre eigene Arbeit, weil diese einem falschen Wettbewerb ausgesetzt seien und sie würden zu hohen Preisen für private Dienstleistungen zahlen.

Sie machte noch einmal klar: „Für uns stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Daseinsfürsorge die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins. Und die haben berechnete Erwartungen an ihre Bezahlung und an zu erbringenden Leistungen. Dazu gehört: Eine gut ausgestattete öffentliche Verwaltung und Kontrolle, eine Leistungskonkurrenz zwischen Unternehmen und der Schutz der Arbeitnehmer.“

lichen Krankenkassen, der Ärztekammer, dem Deutschen Krebsforschungszentrum und auch der Weltgesundheitsorganisation WHO, führte Antje Jansen aus und wies darauf hin, dass Deutschland hinter anderen Staaten herhinke, die konsequente und konsistente Regelungen eingeführt hätten,

auch ohne damit den Zusammenbruch der Gastronomie zu verursachen.

»Weil gerade das Passivrauchen die Menschen gefährlichen Giftstoffen aussetzt, – weil bauliche Maßnahmen zur Abtrennung von Raucherbereichen keinen ausreichenden Schutz bieten, – weil immer noch zu viele Inhaber, Angestellte und Gäste gegen ihren Willen hohen Feinstaubbelastungen ausgesetzt sind, – weil die zahlreichen Ausnahmeregelungen die Umsetzung unnötig erschweren, – und nicht zuletzt, weil alle maßgeblichen Vertreter aus dem Gesundheitswesen dazu raten, deshalb tritt die Fraktion DIE LINKE für ein vollständiges Rauchverbot in öffentlichen Räumen ein.«

Für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen!

Tausende gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten leben in Schleswig-Holstein. Viele von ihnen haben keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder nur zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, weil ihre Berufs- und Bildungsqualifikationen nicht anerkannt werden.

Bisher sind die regierungstragenden Fraktionen nicht ernsthaft tätig geworden. Doch jetzt hat die Wirtschaft Alarm geschlagen. In vielen Branchen fehlen bereits jetzt Fachkräfte und die zu erwartende demographische Entwicklung wird diesen Mangel weiter verschärfen. Kürzlich (23.03) verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf, der die Anerkennungspraxis im Ausland erworbener Berufsqualifikationen verbessern soll. Darin wird deutlich, dass nicht der Mensch, sondern seine Verwertbarkeit für die Wirtschaft zählt.

Für DIE LINKE hingegen ist der gleichstellungs- und integrationspolitische Aspekt zentral. Sie forderte deshalb in einem Antrag (Drs. 17/1374) die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Überarbeitung des Gesetzentwurfs mit folgenden zentralen Kriterien einzusetzen:

- Transparente und bundeseinheitliche Kriterien für die Anerkennungspraxis
- Ein Rechtsanspruch nicht nur für Berufsqualifikationen, sondern für alle Bildungsabschlüsse (bspw. Schul- und Hochschulabschlüsse) und notwendige Maßnahmen zur Nachqua-



Foto: rudio@pixelio.de

lifizierung im Fall einer Teilanerkennung des Abschlusses;

- Die Anerkennung ebenso wie die Nachqualifizierungsmaßnahmen müssen kostenfrei sein, um nicht im Vorfeld Hürden zu errichten.
- Eine auskömmliche Finanzierung ist notwendig; ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Personal und Weiterbildungsmaßnahmen wird sich die Beratungs- und Anerkennungspraxis kaum verbessern
- Die dreimonatige Frist darf nicht überschritten werden; die Behörden sollten bei der Anforderung der Unterlagen aus dem Ausland einbezogen werden.

Weiterhin fordert DIE LINKE in ihrem Antrag den Rechtsanspruch auf Anerkennung auch für AsylbewerberInnen und Geduldete zu gewährleisten. Wir wollen keine neue Blue-Card-Debatte um Einkommensgrenzen für einen dauerhaften Aufenthalt. Stattdessen muss umgehend gehandelt werden, besonders auf Landesebene. In dem Antrag fordert DIE LINKE den Ausbau und die Stärkung der dezentral organisierten Bildungs- und Berufsberatung in Schleswig-Holstein. Weiterhin muss eine zentrale Servicestelle des Landes eingerichtet werden, die alle Informationen bündelt und die einheitliche Umsetzung gewährleistet. Auf Landesebene besteht dringender Handlungsbedarf bei der Anerkennung der Abschlüsse von ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen. Hier liegt die Zuständigkeit beim Land. DIE LINKE wird sich daher weiter für eine erleichterte Anerkennungspraxis einsetzen und weitere Anträge zu diesem Thema einbringen. Unser Antrag aus der 16. Sitzung wurde einstimmig von allen Fraktionen in den Ausschuss überwiesen.

Patientenwohl unter Haushaltsvorbehalt – Landesregierung bereitet unverdrossen die Privatisierung des UKSH vor

Pünktlich zur Landtagsdebatte über das „Markterkundungsverfahren“, mit dem die Landesregierung ihre Privatisierungspläne für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) voran treibt, titelten die Zeitungen einen „Brandbrief“ der Klinikchefs an den Vorstand, in dem die Folgen des Sparzwangs als unverantwortlich und als Gefährdung von Patientenversorgung wie auch Forschung und Lehre bezeichnet wurden.

Antje Jansen bezog sich auf diesen Brief, als sie in ihrer Rede im Landtag betonte: „Der Umgang der Landesregierung mit dem UKSH hat zielstrebig in diese Situation geführt. Die Klinikchefs sehen das Ende der Fahnenstange erreicht. Patientenversorgung und Wissenschaft sind in ihrer Substanz bedroht.“

Im Grunde sei hier durch den systematisch unverantwortlichen Umgang mit der Klinikbelegschaft eine Situation herbeigespart worden, mit der eigentlich erst als Folge der Privatisierung des Primärbereichs des UKSH gerechnet werden musste: „Die Privatisierungspläne der Landesregierung und ein rücksichtsloser Sparzwang, der über Arbeitsverdichtung und Einkommenseinbußen die Ängste der Beschäftigten gnadenlos ausbeutet, kann am Ende gar kein anderes Resultat haben als das Überschreiten von Grenzen des Erträglichen in allen Bereichen des UKSH.“

Im vorgelegten Bericht behauptet die Landesregierung, es sei falsch, das Markterkundungsverfahren als Beginn einer Privatisierung des UKSH zu bezeichnen. Wissenschaftsminister Jost de Jager erklärte in der Presse, in die Markterkundung seien ergebnisoffen „mehrere mögliche Modelle einer materiellen Privatisierung des UKSH ab dem Jahr 2015 sowie die Auslagerung des Immobilienbestandes im Rahmen eines sogenannten Asset-Modells“ gegeben worden.

Aber der Minister stellte in derselben Presseerklärung fest: „Die politische Entscheidung über eines der Modelle“ solle noch „im Verlauf des Jahres 2011 erfolgen.“

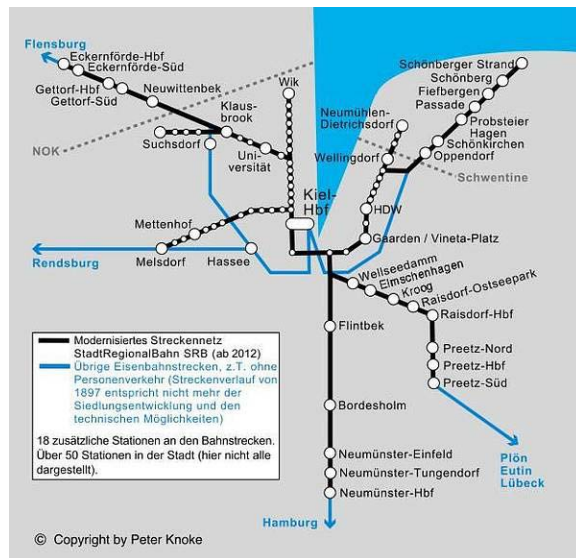
Antje Jansen zog die Konsequenz dieser Aussagen: „Sie haben sich doch längst entschieden, Herr Minister. Sie mogeln sich durch die Buchstabenketten der Tarifvereinbarung mit der Gewerkschaft Ver.di. Aber sie selbst schaffen Bedingungen, bei denen dann nur noch eine Privatisierung herauskommen kann. Das dem so ist beweist der Wirtschaftsplan des UKSH und den Sparzwang, mit dem Sie die Leistungsfähigkeit und die Moral des UKSH und seiner Beschäftigten ruinieren.“

Für DIE LINKE bleibt es dabei: Wir lehnen die Privatisierung des UKSH im Interesse einer hochwertigen Versorgung der Patienten ab. Wir lehnen sie im Interesse der Beschäftigten an sicheren und hochwertigen Arbeitsplätzen ab.“

Beitritt des Landes zur Planungsgesellschaft der Stadtregionalbahn Kiel

„Wenig überraschend unterstützt meine Fraktion die Haltung des Ministeriums, sich nicht an der Planungsgesellschaft für den Bau einer StadtRegionalBahn zu beteiligen. Es ist ja bekannt, dass wir das Projekt verkehrs- und haushaltspolitisch sehr skeptisch sehen. Es handelt sich natürlich um ein rot-grünes Lieblingprojekt.“

(Christopher Vogt, FDP)



Der Landtag befasste sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Weigerung der Landesregierung der Planungsgesellschaft für eine Stadtregionalbahn für die Region Kiel beizutreten. Während der Redner der CDU formale Gründe anführte, spielte der Redner der FDP mit offeneren Karten. Die Stadtregionalbahn für die Region Kiel ist von der Landesregierung aus

politischen Gründen nicht gewollt. DIE LINKE, die GRÜNEN und die SPD setzten sich für einen Beitritt des Landes zur Planungsgesellschaft ein. Für DIE LINKE ist die Stadtregionalbahn ein Beitrag hin zu einer sozial-ökologischen Verkehrswende. Von einer Stadtregionalbahn würde nicht nur Kiel, sondern auch die umliegenden Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und Neumünster profitieren. Volkswirtschaftliche Gutachten haben ergeben, dass jeder investierte Euro zwischen 1,90 und 2,20 Euro an Wertschöpfung in die Region bringen würde. Der Bau einer Stadtregionalbahn würde außerdem ca. 240 mio Euro an Bundesmitteln nach Schleswig-Holstein holen. Auch die Arbeitsplätze bei zwei Kieler Herstellern von Schienenfahrzeugen wären gesichert und durch die zusätzlichen Kapazitäten des ÖPNV würde die Straßen entlastet werden.

Björn Thoroe äußerte sich für DIE LINKE in der Debatte: „Regionen, die ein Stadtbahnprojekt verwirklicht haben, bereuen dies nicht. Die Fahrgastzahlen des Nahverkehrs sind gestiegen und die Straße ist entlastet worden. In der Region Karlsruhe führte ein öffentliches Stadtregionalbahnprojekt zu einer Steigerung der Fahrgastzahlen um 630 % innerhalb von fünf Jahren. Dies schützt die Umwelt und erhöht die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Auch in Lübeck unterstützt DIE LINKE eine Stadtregionalbahn“. DIE LINKE wird sich sowohl in Kiel als auch auf Landesebene weiterhin für die Realisierung einer Stadtregionalbahn in öffentlicher Hand einsetzen.

Deutliches Bekenntnis für die Universität Flensburg

Angestoßen durch die schwarz-gelbe Kürzungsinitiativen wird seit Sommer 2011 über eine mögliche Schließung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge der Uni Flensburg diskutiert. Die Landesregierung hat im Haushalt eine Mittelkürzung von 1,7 Millionen festgeschrieben. Eine endgültige Entscheidung durch Wissenschaftsminister de Jager und den Bildungsminister der Landesregierung hat man bisher aufgeschoben. Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen wurde in Auftrag gegeben und die Ergebnisse für die abschließende Beratung sollten abgewartet werden. Nun liegt dieses Gutachten vor und

bestätigt einmal mehr, was DIE LINKE fordert: Die Wirtschaftswissenschaften der Uni Flensburg müssen erhalten bleiben.

Auch die LINKE Kritik an der chronischen Unterfinanzierung, vor allem im Bereich Lehrerbildung, findet sich im Gutachten wieder. Wie die Stellungnahme der Regierungsfractionen in der Debatte deutlich macht, hat man noch immer nicht verstanden, dass der verabschiedete Sparkurs die Uni Flensburg nachhaltig schädigt. Gleichermäßen

wirkte sich auch die monatelang anhaltende Verunsicherung aller Angehörigen der Hochschule negativ auf die Bemühungen der Hochschule aus. Niemand wusste, was mit den Wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen geschieht. Ein inhaltlich fokussiertes und effizient organisiertes Arbeiten erscheint kaum möglich, wenn das Damoklesschwert der Schließung stets stetig über der Uni schwebt.

Aus diesem Grund bemühten sich Angehörige der Uni um alternative Finanzierungen z.B. durch die Gründung einer Stiftung. Die Abhängigkeit von der Zahlungswilligkeit der Landesregierung sollte aufgelöst werden. Es scheint schon fast chronisch, dass das Wissenschaftsministerium nicht in der Lage ist, eigene Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Stattdessen hofft man stets darauf, dass die Betroffenen selbstständig tätig werden. Aber das kann aus Sicht der LINKEN nicht der Schlüssel sein. Die Landesregierung darf die Verantwortung nicht ständig von sich weisen und hoffen, dass sich die Probleme von allein lösen.

Trotz des klaren Plädoyers im Gutachten hielt die Landesregierung in der Debatte am 24.03 jedoch weiter an den geplanten Einsparungen fest. „Die Weigerung ausreichend Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen, ist entlarvend und ein weiterer Beleg für die kurzfristige Politik der Landesregierung“, so Björn Thoroe, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion.

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im
Schleswig-Holsteinischen
Landtag

V.i.S.d.P.:
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

fon 0431-988 1612
fax 0431-988 1618
hall@linke.ltsh.de